

Pakistanische Hoffnung

Imran Khan: Vom Cricketweltmeister zum Oppositionspolitiker. Seite 3



Grüner Landesvater

Winfried Kretschmann ist erfolgreich, weil er so wenig grün ist. Seite 5

Foto: dpa/Christoph Schmidt

Stilles Bautzen

Eine Vorgeschichte zur Eskalation des Hasses. Seite 10

Foto: dpa/Christian Essler

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 7. März 2016

71. Jahrgang/Nr. 56

Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Erdogan zeigt die Instrumente

Roland Etzel zum Zeitungssturm in Istanbul vor dem EU-Türkei-Gipfel

Dass die auflagenstärkste Tageszeitung eines Landes per Richterbeschluss vom Staat übernommen wird, ist ein im Europa des 21. Jahrhunderts einzigartiger Vorgang, zumal wenn dies mit Polizeiknüppel und Tränengas geschieht. In Europa? Nicht geografisch, sondern politisch betrachtet, gibt die türkische Führung vor, zu EU-Europa gehören zu wollen; aber mit abnehmender Bereitschaft, auf finsterste Gepflogenheiten des osmanischen Despotismus zu verzichten.

Die Proteste aus Brüssel mit Verweisen auf Pressefreiheit und andere Heilige Kühe der Wertegemeinschaft EU sind nicht ausgeblieben und dennoch erstaunlich lau ausgefallen. Als EU-Beitrittskandidatin müsse die Türkei auch die Pressefreiheit respektieren, heißt es vom österreichischen EU-Erweiterungskommissar Hahn. War dies schon der Scheitelpunkt der Empörung, kann Ankara damit sehr gut leben, ansonsten ...

Es ist nicht die EU, sondern Zuchtmeister Erdogan, der die Instrumente ausgepackt hat, und es sind die Europäer, die heute in Brüssel um Ankaras »Kooperation« in der Flüchtlingsfrage winseln. Die Augenhöhe ist ihnen längst verloren gegangen: »Macht doch bitte eure Schotten dicht! Wir tun ja, was ihr verlangt.« Was er will, hat der türkische Staatschef Erdogan ohne Schamröte längst zu verstehen gegeben: Keine Kritik an der Kurdenpolitik, Ruhe auch sonst an der »Menschenrechtsfront«. Der Zeitpunkt des Redaktionssturms so kurz vor dem Gipfel war sicher kein Zufall.

UNTEN LINKS

Bisher undenkbar: Der Papst empfängt bei Privataudienzen nunmehr auch die zweiten oder gar dritten Ehefrauen seiner Gesprächspartner. Künftig weiß man wenigstens, warum jemand einen abgetragenen Mann wie, zu sagen wir beispielsweise Gerhard Schröder, heiraten sollte. Für eine Audienz beim Papst könnte er nochmal nützlich sein. Die auf den ersten Blick schlichte Protokollnotiz aus dem Vatikan ist in Wahrheit ein Pflock, der eine Grenzverschiebung markiert. Vom Vorzimmer ins Allerheiligste nämlich. Vermutlich ist der Päpstliche Rechnungshof schuld. Die Audienzen werden auf diese Weise erheblich verkürzt und effizienter – die Partner müssen nicht länger draußen warten, um später extra begrüßt zu werden, sondern sie können gleich mit reinkommen. So bleibt dem Papst ein bisschen mehr Zeit für den Abwasch danach. Aber es geht um noch mehr: Keine Partner soll dem anderen wegen Benachteiligung durch den Papst zu Hause die Hölle heiß machen. uka

Jagdszenen in Istanbul

Proteste gegen Pressegleichschaltung / Türkei brüskiert EU vor Flüchtlingsgipfel



Journalisten bergen eine beim Polizeieinsatz am Sonnabend in Istanbul verletzte Frau.

Foto: AFP/Ozan Kose

Berlin. So sehen sie aus, die Staatsfeinde der Türkei, gegen die am Sonnabend in Istanbul Knüppel, Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt wurden. Ein paar hundert Personen waren vor das Redaktionsgebäude der Istanbul-Tageszeitung »Zaman« gezogen, die in der Nacht zuvor mit Polizeigewalt der staatlichen Obhut unterstellt wurde. Richter mit dubiosen Sondervollmachten hatten dem mit über 950 000 Exemplaren täglich auflagenstärksten Blatt der Türkei »die Aufsicht einer staatlichen Treuhandverwaltung« verordnet. Wie auf die Proteste dagegen reagiert wurde – siehe Foto.

Ministerpräsident Ahmet Davutoglu wies politische Motive für den erneuten flagranten Eingriff in die Medienfreiheit empört zurück. Noch immer droht ja einem Chefredakteur lebenslanglich, weil er angeblich Staatsgeheimnisse verraten hat. Eine offizielle juristische Begründung abzugeben, hielten die Richter dennoch bislang nicht für nötig. Was dagegen auf der »neu gestalteten« Web-Seite der Zeitung zu lesen war, ist eine Mischung aus Realsatire und Zynismus. Dort heißt es, es werde in »Zaman« bald eine »qualitativ noch höhere und objektivere« Berichterstattung geben. Damit wurde offenbar unverzüglich be-

gonnen, denn die Seite 1 der Sonntagsausgabe wartete mit einem Foto von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan auf. Vermutlich soll damit Fethullah Gülen, ein Erdogan-Gegner im USA-Exil, dem die Zeitung mindestens nahesteht, besonders hart getroffen werden.

Dass sich die türkische Regierung dies erlaubt, nur drei Tage bevor sich Davutoglu in Brüssel zum Flüchtlingsgipfel mit der EU trifft, erscheint symptomatisch. Man verlangt für das von der EU erwünschte Mitwirken beträchtliche Zugeständnisse, verbittet sich zum Beispiel jegliche Proteste – und stellt die EU-Oberen gleich mal auf die Probe. roe Seite 2

Briefaktionismus wegen Fessenheim

Regierung von Rheinland-Pfalz bittet um Abschaltung des AKW, die Grünen fordern einen EU-Atomgipfel

Die Rufe im Südwesten Deutschlands nach Abschaltung des französischen AKW Fessenheim werden lauter. Die Atomaufsicht hat indes keine Bedenken.

Von Kurt Stenger

Die Enthüllung eines vertuschten schweren Störfalls im grenznahen französischen Atomkraftwerk Fessenheim sorgt in Deutschland weiter für heftige Reaktionen. So forderte die im Wahlkampf befindliche Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer (SPD), die sofortige Abschaltung der Anlage am Oberrhein. Dreyer und Energieministerin Eveline Lemke (Grüne) baten Frankreichs Präsident François Hollande in einem Brief »eindringlich, als Sofortmaßnahme die Atomkraftwerke Fessenheim und Cattenom abzuschalten«, teilte die Mainzer Staatskanzlei mit. Dies gelte, solange keine umfassende Untersuchung und Aufklärung des »gra-

vierenden Vorfalls« vorgenommen worden seien und keine ausreichende Sicherheit für die Bevölkerung garantiert werden könne. CDU-Landeschefin Julia Klöckner bot Dreyer per Brief ihre Zusammenarbeit an. Auch bei diesem Thema müsse man »europäisch denken und gegenüber unseren französischen Partnern entschlossen mit einer Stimme auftreten«.

Auch die Parteichefin der Grünen, Simone Peter, griff zu Papier und Stift. Sie forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einem offenen Brief auf, sich auf EU-Ebene für eine Abschaltung aller alten Atomkraftwerke in Grenznähe einzusetzen. »Die wachsende Gefährdung großer Teile der Bevölkerung durch überalterte, störanfällige Atomkraftwerke« in Frankreich, Belgien und Tschechien erfülle die Grünen »mit großer Sorge«. Es müsse einen EU-Atomgipfel geben, der die atomaren Risiken neu bewerte.

Ein europäischer Atomausstieg müsse in der EU auf die Agenda, forderte die Energieexpertin der Linksfraktion im Bundestag, Eva Bulling-Schröter. »Der Störfall ist ein weiterer Beleg, dass uns die

»Ein europäischer Atomausstieg muss auf die Agenda.«

Eva Bulling-Schröter, LINKE

Hochrisiko-Technologie Atomkraft jederzeit um die Ohren fliegen kann«, sagte sie dem »nd«.

Fessenheim ist Frankreichs störanfälligstes und ältestes AKW – die beiden Blöcke gingen 1977 ans Netz. Nach Angaben des Öko-Institutes Freiburg müsste das AKW nach deutschem Recht sofort stillgelegt werden, da es keine ausreichend zuverlässige Störfallbeherrschung gebe. Der WDR und

die »Süddeutsche Zeitung« hatten am Freitag berichtet, am 9. April 2014 seien nach einer Überflutung die Steuerstäbe in Block 1 zum Abschalten des Reaktors nicht mehr manövrierfähig gewesen. Er konnte erst durch Einleitung von Borsäure ins Kühlsystem heruntergefahren werden – ein Vorgehen für Notfälle. Die französische Atomaufsicht sei vom Betreiber EDF erst Wochen später über die Details informiert worden.

Die Behörde teilte nun mit, es sei »unwahr« zu behaupten, dass die Anlage nicht mehr steuerbar gewesen sei. Aus dem Blickwinkel der Atomsicherheit gebe es keinen Grund zur Schließung. Hollande hatte wegen wiederholter Kritik aus Deutschland eine Stilllegung von Fessenheim Ende 2016 angekündigt. Zuletzt hieß es aber, die Abschaltung sei frühestens für 2018 vorgesehen. Wohnungsbauministerin Emmanuelle Cosse sagte dagegen am Sonntag, das AKW werde in diesem Jahr geschlossen.

Hilfswerk beklagt »humanitäre Krise«

13 000 Flüchtlinge campieren an griechisch-mazedonischer Grenze

Idomeni. Der Sprecher des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) im Lager nahe der nordgriechischen Grenzstadt Idomeni, Babar Baloch, hat die Zustände dort als unhaltbar bezeichnet. »Es ist ein Weckruf für die führenden Politiker der EU, denn das hier ist eine humanitäre Krise«, sagte der Sprecher am Sonntag gegenüber dpa. Idomeni liegt unmittelbar an der Grenze zu Mazedonien. Nach UNHCR-Angaben hielten sich am Sonntag in Idomeni bereits 13 000 Menschen auf. Täglich trafen dort zehnmal mehr Flüchtlinge ein, als Mazedonien auf der sogenannten Balkanroute weiterreisen lasse. 55 Prozent von ihnen seien Frauen und Kinder. Tausende campieren unter freiem Himmel.

Der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz (SPD), hat im Berliner »Tagesspiegel am Sonntag« Flexibilität bei dem von Griechenland geforderten Sparkurs verlangt. Zur Begründung sagte er, dass Athen ausgerechnet während seiner tiefen Finanzkrise vom Flüchtlingsandrang stärker betroffen sei als jeder andere EU-Staat. dpa/nd

Neue V-Leute in rechter Szene

Verfassungsschutz Thüringen will wieder anwerben

Halle. Der Thüringer Verfassungsschutz will wieder V-Leute in die rechte Szene einschleusen. Verfassungsschutzpräsident Stephan J. Kramer sagte dem Hörfunksender MDR Info in Halle: »Wir brauchen diese Informationen.« Wenn man keine anderen Quellen habe, müsse seine Behörde auf V-Leute zurückgreifen. Die Regierung von Ministerpräsident Bodo Ramelow (LINKE) hatte im März 2015 die Abschaltung aller V-Leute angekündigt. Ausnahmen sollte es danach nur in Einzelfällen zur Terrorismusbekämpfung geben. Thüringen war das erste Bundesland, dass die V-Leute-Praxis komplett aufgeben wollte.

Kramer sagte, die Bedingungen für den V-Leute-Einsatz seien verschärft, aber es gebe kein Verbot. »Dieses Instrument als solches ist hoch risikobehaftet«, räumte Thüringens oberster Verfassungsschützer ein. Wenn er eine andere Möglichkeit habe, würde er sie lieber nutzen. »Aber am Ende des Tages komme es darauf an, Informationen zu sammeln.« epd/nd

Rechtsruck in der Slowakei

Sozialdemokraten stürzen ab

Bratislava. Die Sozialdemokraten von Ministerpräsident Robert Fico (SMER-SD) haben bei der Parlamentswahl in der Slowakei eine heftige Niederlage erlitten, bleiben aber stärkste Kraft. Nach dem am Sonntag vom staatlichen Statistikamt veröffentlichten vorläufigen Ergebnis stürzte die Partei von 44,4 Prozent vor vier Jahren auf jetzt 28,3 Prozent ab und verlor damit die absolute Mehrheit der Sitze. Die liberale Partei SaS des Euro-Kritikers Richard Sulik wurde mit 12,1 Prozent zweitstärkste Kraft. Insgesamt kamen acht Parteien ins Parlament, darunter keine links von der SMER. Es wird eine sehr schwierige Regierungsbildung erwartet.

Für einen Schock sorgte der erstmalige Einzug einer rechtsextremistischen Partei, die mit ihrer rassistischen Hetze gegen Flüchtlinge und die Roma-Minderheit Schlagzeilen macht. Die Volkspartei Unsere Slowakei (LSNS) erreichte acht Prozent. Ihr Gründer und Parteiführer Marian Kotleba war mehrfach wegen Rassismus und Rechtsextremismus angeklagt, wurde aber noch nie rechtskräftig verurteilt. dpa/nd Seite 8

ISSN 0323-3375



4 198662 501709